

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag  
Redaktionsschluß Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreigespaltene Petzelle 50 Pf., für die Zafistellen 30 Pf.

## Der freie Handel.

Von Robert Schmidt.

S. A. K. Die Bemühungen, den freien Handel recht bald wieder in seine Rechte einzusetzen, sind recht rege. Aus den verschiedenen Lagern der Industrie und des Handels wird vor allem auch für die Zeit der Übergangswirtschaft die schnelle Beseitigung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft verlangt. Die Frage ist sehr wichtig, sie ist von großer Bedeutung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung.

Der freie Handel übt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine wichtige Funktion aus, er hat seine Aufgabe der Warenerfassung und der Verteilung mit viel Geschick durchgeführt, aber gegenwärtig fehlt die Grundlage für diese Tätigkeit. Die Warenproduktion hat zu ruhigen Zeiten die Tendenz, nicht selten über den Bedarf hinauszugehen, so daß in einem hochentwickelten Staat nie eine längere Stützung in der Versorgung des Marktes eintreten konnte. Zeigte sich für eine Ware vorübergehend ein Mangel, so konnte der Handel die Lücke leicht ausfüllen; denn der Anreiz zu einem vermehrten Umsatz genügte, um durch eine stärkere Zufuhr den Ausgleich herbeizuführen. Der Krieg hat diese Regulierung des Marktes aufgehoben; denn je mehr wir bei der Versorgung des Marktes vom Ausland abgeschnitten wurden und die eigene Produktion nachließ, um so aussichtsloser wurde die Auffüllung der leeren Lager. Der Mangel war das Herrschende und die schrankenlose Preistreiberei die notwendige Folge.

Die Preise steigerten sich für alle Waren zu einer solchen Höhe, daß die Minderbemittelten immer mehr als Käufer zurückgedrängt wurden. Es gab keinen andern Ausweg, als den freien Handel bei der Preisbildung auszuschalten. Deshalb die Höchstpreise, die nach und nach für alle Lebensmittel in Anwendung kamen, und als weitere Folge die Beschlagsnahme und Verteilung. Je mehr der Markt entblößt wird, desto wilder setzt die Spekulation ein, und unersättlich wird die Gier nach leicht erreichbaren Gewinnen. Wenn die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel unter dem Zwange der Zwangswirtschaft nicht restlos erreicht ist, so ist es kein Zusammenbruch des Systems, wie vielfach behauptet wurde, sondern die Bestätigung einer alten Erfahrung, daß Not und Hunger die stärksten Banden zerreißen; der freie Handel hätte diese Kräfte nur noch schwächer entwickelt und es wäre zu einem zügellosen Kampf um den Platz an dem Güttertreppe gekommen.

Der Staatssozialismus oder Kriegssozialismus, wie man das System der heutigen Ordnung nennt, entwickelt eine Grundtendenz, die wir lebhaft befürwortet haben; denn nur so konnten wir den Mangel an Nahrungsmitteln bis zu einem gewissen Grade erträglich gestalten, und wären unsere Behörden dieser Aufgabe gewachsen gewesen, es könnte sehr viel besser um unsere Lebensmittelversorgung. Dabei sei bemerkt, es handelt sich hier nicht um die Erprobung einer sozialistischen Theorie, auch nicht der staatssozialistischen, weil die wirtschaftlichen Bedingungen im Kriege dafür nicht gegeben sind. Der Sozialismus will in der Organisation die Demokratie als Verwaltung einschalten. Er hat zur Voraussetzung nicht einen Mangel in der Gütererzeugung, sondern die höchste Steigerung. Der Staatssozialismus will wiederum die Bürokratie des Staatsapparates einschalten, um unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion den Gewinn im Interesse der Gesamtheit zu verwenden. Aber auch er kann nur bei einer hohen Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte seine Position festigen. Der Krieg geht dafür nur bis zu einer gewissen Grenze der Entwicklungsmöglichkeiten.

Haben wir nun ein Interesse daran, mit den Verfechtern der liberalen Wirtschaftstheorie, dem Haushab und andern Handelsorganisationen die recht schnelle Auf-

hebung des Staatssozialismus nach dem Kriege zu fordern? Wir werden froh sein, wenn wir von der Kriegswirtschaft in jeder Form sobald wie möglich befreit werden können. Aber nicht eher, als bis durch die Zufuhr die Marktlage eine Erleichterung gefunden hat. Wenn das eintreten wird, ist jetzt nicht zu sagen.

Soweit wir der überseeischen Zufuhr bedürfen, hängt die Befriedigung des Bedarfs von der Art der Verwendung und dem Vorhandensein von Frachtraum ab. Der freie Handel würde nicht die zunächst erforderlichen Rohstoffe und Lebensmittel hereinbringen, sondern wahl- und planlos zu greifen. Für die Preise der Produkte wird die Frachtrate das entscheidende sein. Die Frachten werden aber, da bei der Nachfrage ein Riesendurstpruch erhoben wird, unter der freien Konkurrenz mindestens auf die Höhe steigen, die gegenwärtig die englische Schifffahrt erreicht hat. Im Innland für Lebensmittel die Beschlagsnahme und Höchstpreise aufheben, würde ein Aufwärts der Preise zur Folge haben, das weit über die gegenwärtigen Höchstpreise hinausginge. Zur gleichen Zeit dürfen wir aber damit rechnen, daß die Löhne zurückgehen und vorübergehend eine umfangreiche Arbeitslosigkeit eintritt.

Wir können deshalb die Zwangswirtschaft in der Übergangswirtschaft nicht aufheben; denn die Arbeiter und alle Schichten der Minderbemittelten würden unter den hohen Preisen für alle Gebrauchsgegenstände in eine geradezu verzweifelte Lage geraten. Dabei würde sich aufs neue wieder ein wildes Drängen und Jagen um den täglichen Bedarf entfachen, das alles in den Schatten stellen würde, was wir darin während des Krieges erlebt haben. Um Gegensatz zu den Verfechtern des freien Handels halten wir eine Ausdehnung der Zwangswirtschaft für unbedingt notwendig; es ist ganz unmöglich, der Seeschifffahrt die freie Verfügung über den Frachtraum und die beliebige Festsetzung der Frachtrate zu verschaffen; das kann erst geschehen, wenn der gewaltige Ansturm in der Versorgung des deutschen Marktes sich gelegt hat. Ledes Maßnahmen der Nachfrage muß im freien Verkehr zur Planlosigkeit und wilden Preistreiberei ausarten.

Schon die Beibehaltung der gegenwärtigen Preise würde unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt äußerst ungünstig beeinflussen, um wieviel mehr würde dies noch geschehen, wenn wir anstatt zum Abbau zu neuen Erhöhungen der Preise kämen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist die Befürchtung, daß auch auf dem Weltmarkt ein Mangel an den Waren vorhanden ist, die wir jetzt entbehren, nicht zutreffend. In Buenos Aires stand im Februar der Weizenpreis auf M 235,55 die Tonne, während bei uns der Höchstpreis M 350 betrug. Hafer kostete M 116,60, wir hatten mit den Zusätzlungen einen Preis von M 400. In Neuport wurde für Weizen M 348,70, für Roggen M 885,75 (Höchstpreis für Roggen in Deutschland M 330), für Hafer M 208,10 gezahlt. Die niedrigen Preise in Argentinien deuten darauf hin, daß große Bestände vorhanden sind, die jetzt keine Aufnahme finden. Aus Australien kommen dieselben günstigen Nachrichten. Natürlich läßt sich heute nicht übersehen, ob nicht diese Bestände, wenn aus allen ausgehungerten Ländern zugegriffen wird, schnell verschwinden.

Es ist somit zu rechnen, daß bei der nächsten Ernte Rumänien, die Ukraine, die russischen Ostseeländer, vielleicht auch Russland Lieferungsgebiete für unseren Bedarf werden. Die deutsche Produktion wird im Frieden sehr bald in die Höhe kommen, so daß die starke Einschränkung der Produktion aufgehoben werden kann. Dann wird der Punkt gekommen sein, wo der freie Handel wieder einzehen kann. Wahrscheinlich wird für alle Lebensmittel eine gleichmäßige Wiederherstellung des freien Marktes nicht möglich sein, so wird zum Beispiel die Fleischversorgung

auf lange Zeit den Bedarf nicht decken können. Dagegen kann sich die Kartoffelversorgung sehr bald heben und die Zuckerproduktion, wenn der Heeresbedarf aufhört, schnell wieder den Massenkonsum befriedigen.

Lassen wir in der Rohstoffversorgung den freien Handel schalten und walten, dann würde der Kleinbetrieb wohl gänzlich beiseite gedrängt werden und nur noch das kapitalistische Unternehmen sich beim Bezug der Rohstoffe behaupten können. Hoffentlich geht es uns nicht in der Übergangswirtschaft wie in der Kriegswirtschaft, daß erst alle Maßnahmen verspätet aus der bittersten Notwendigkeit entstehen. Geht das Reichswirtschaftsamt auf die Anforderungen der Vertreter des freien Wirtschaftsprinzips ein, so werden wir in der Übergangswirtschaft vor sehr schweren Erschütterungen nicht bewahrt bleiben. Mit unserer Volkswirtschaft ist es wie mit einem Schwerkranken, der noch als Rekonvaleszent zu behandeln ist; er bedarf noch der Unterstützung, bis er selbstständig sich wieder frei bewegen kann.

## 15. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Köln a. Rh.

F. W. Am 15. und 16. Juni tagten in Köln die Vertreter der deutschen Konsumvereine — entgegen den Erwartungen, die voriges Jahr in Nürnberg gehabt worden waren, noch immer nicht unter dem Zeichen des Friedens! Der Ort der Tagung führte vielmehr den Teilnehmern den Ernst der Zeit viel stärker vor Augen, als es auf einer der bisherigen Kriegstagungen des Zentralverbandes der Fall gewesen ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Konsumvereinsbewegung kam in Köln wieder zum machtvollen Ausdruck. Es ist richtig, daß die Genossenschaftstage durch die große Zahl ihrer Teilnehmer — in Köln waren es über 900 — und vor allem mit dem Anwachsen der Bewegung immer mehr den Charakter einer beratenden Körperschaft verloren haben; sie müssen ihm verlieren, weil die immer weiter greifende Vielfältigkeit der Aufgaben es erfordert, daß die einzelnen Fragen so eingehend vorberaten werden, daß die jährliche Generalversammlung meist nur das Siegel unter bereits fertige Beschlüsse zu setzen hat; aber diese Formalität muß trotzdem erfüllt werden, und sie gibt Gelegenheit, in eindrucksvoller Weise und vor aller Welt für die grundlegende Idee der Sache zu demonstrieren. Sie wird dadurch zu einem wichtigen Faktor der ganzen Entwicklung selbst.

Und in dem, was die Entwicklung der deutschen Konsumvereine gerade während der Kriegszeit aufzuzeigen hat, liegt Kraft und Stärke. Die einzelnen Vereine haben unter den Folgen des Krieges natürlich auch mehr oder weniger zu leiden gehabt, wie alles, was in erster Linie mit dem Konsum der Bevölkerungsmassen, besonders mit ihrer Ernährung, der reinen Verteilung von Lebensmitteln, in Verbindung steht, und sie haben nicht nur unter unvermeidbaren Kriegsfolgen gelitten, sondern es sind ihnen obendrein durch Unverständ oder Nebelwollen verschiedenlich noch besondere Schwierigkeiten gemacht worden. Von manchen wahrgenahmten Stellen haben sie alles andere, nur keine Förderung erfahren. Und so zeigt auch das Jahr 1917 die Wirkungen des Krieges auf mehrererlei Art. Wenn aber das sich bietende Bild trotzdem ein so erfreuliches ist, so wird dadurch eben bewiesen, daß Grund und Boden fest, und daß das Baumaterial gut ist, daß die Arbeiten mit einem festen Ziele vor Augen ausgeführt und deshalb die ganze Bewegung von dem Vertrauen immer größer werdender Kreise des Volkes getragen wird. Die Gesamtzahlen für das letzte Jahr beweisen dies — wir stellen Ihnen nach dem Jahresberichte des Zentralverbandes einige Vergleichsziffern bei.

Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Vereine erhöhte sich in dem Zeitraume 1908 (dem Jahre der Gründung des Zentralverbandes) bis 1918 von 950 000 auf 2 900 000 oder um 1 950 000, das sind 205,3 p. 100. Eine verhältnismäßig stärkere Zunahme erfuhr der Umsatz im eigenen Geschäft, er erhöhte sich von 212,5 Millionen Mark auf 894,7 Millionen Mark oder um 592,2 Millionen Mark, das sind 278,7 p. 100. Der Umsatz im eigenen Geschäft zeigt also eine verhältnismäßig stärkere Zunahme als die Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich eine zunehmende Intensität der Beteiligung der Genossenschaften an ihren genossenschaftlichen Unternehmungen. Der Wert der in eigenen

Produktivbetrieben hergestellten Erzeugnissen erhöhte sich von 21,8 Millionen Mark im Jahre 1904 auf 182,5 Millionen Mark oder um 161,1 Millionen Mark beziehungsweise 756,1 p.ß. Wir sehen hier die ganz außerordentliche starke Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion; sie ist rund viermal so groß als der Mitgliederzuwachs und dreimal so groß als die Umsatzzunahme. Dass an dem großen Wachstum der Eigenproduktion in erster Linie die Bäckereibetriebe teil haben, ist unserer Kollegenschaft bekannt.

Die Eigenproduktion zeigt übrigens eine ziemlich gleichmäßige Steigerung auch während des Krieges; doch sind hier die höheren Preise ausschlaggebend. Während im Jahre 1904 auf jedes Mitglied auf selbst hergestellte Erzeugnisse der Konsumvereine nur ein Wert von M. 21,12 entfiel, erhöhte sich diese Zahl im Jahre 1916 (spätere Zusammenstellungen liegen noch nicht vor) auf M. 62,92.

Der in Köln erstattete Vorstandsbericht zerfiel in zwei Teile; Herr Heinrich Kaufmann behandelte zuerst die eben in ihren Richtlinien gezeigte Entwicklung der ganzen Bewegung und gab die Hauptzahlen. Besonders hob er weitergehend hervor, dass gerade während des Krieges die Mitgliederzunahme eine große war und dass die Berufsschule zeige, dass immer weitere Bevölkerungstreie gewonnen wurden. Die Stärkung des Eigenkapitals aber sei auch ferner eine der wichtigsten Pflichten der Vereine, zumal eine bedeutende Erhöhung der Geschäftszusüsse eingetreten ist.

Über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen sprach dann Herr Hugo Bästlein, der später auch noch die Forderungen für die Übergangswirtschaft bearbeitete. Er wies die volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit der Konsumgenossenschaften gerade in der kommenden Wirtschaftsperiode nach. Eindringlich warnte er die maßgebenden Stellen, fernher die Konsumgenossenschaften noch als nebenjährlich zu betrachten und sie nach bisheriger Erfolglosigkeit möglichst hinter andern Wirtschaftsfaktoren zurückzuführen. Mit erfreulicher Schärfe verurteilte er unter anderem den Bucher, den auch viele Kommunalverbände mit den Waren, ganz besonders oft mit Brot, gefüttert haben. Herr Bästlein kommt hierfür ganz frische Beispiele an. Während man mitunter die Vereine verhinderte, den Bucher durch die Großmarktsgeellschaft zu beliefern, die heute z. B. auf den Einkaufskreis auslegen kann, nehmen Kommunalverbände oft 10 p.ß. und noch viel höhere Aufschläge. In einem Falle wurde für einen Wagen Zuerst ein Extraaufschlag von über M. 1100 einem Konsumverein abgerufen! So wurde also das deutsche Volk mitunter durch die Behörden ausgeweidet. Auf der andern Seite werden oft dem Kleinhandel auch wieder Verkaufspreise vorgedrückt, bei denen er nicht bestehen kann. Schließlich verfügte man bereits in gewissen Kreisen, die Konsumen noch durch besondere Umlaufzettel zu identifizieren. Daß alldeutlich werde aber die Konsumvereinsbewegung am Ende Siegreich dasseien.

Ein Antrag des Vorstandes, Ausschusses und Generalsekretärs im Sinne des Verbandsberichtes fand einstimmige Annahme; ebenso auch, nach Abänderungen, eine von jüdischen Vereinen beantragte Entschließung, die sich gegen die indirekten Steuern im allgemeinen und gegen die Umlaufzettel im besonderen wendet, und neben andern vor allem von Fleißner, Dresden, dringend zur Annahme empfohlen worden war. Fleißner betrat den Standpunkt, daß jetzt dann, wenn eine allgemeine Umlaufzettel kommen sollte, die Konsumvereine davon ausgenommen sein sollten, weil in ihnen die armen Proletarier getroffen würden. Herr Feuerstein und nach ihm noch eine Reihe anderer Redner wendeten sich gegen einige Sätze dieser Entschließung, weil sie noch ihrer Ansicht in ihrer prinzipiellen Stellungnahme dazu führen würden, daß politische Streitfragen in die Konsumvereinsbewegung hineingezogen würden. Nach langer, zum Teil sehr leidenschaftlichen Aussprache, auf deren ausführliche Wiedergabe in der Tages- und Genossenschaftspresse wir unsere Leser besonders hinweisen wollen, da dabei interessante und wichtige grundsätzliche Fragen erörtert wurden, kam die Entschließung in folgender Form mit Mehrheit zur Annahme:

Der 13. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Köln erriet etw. verschiedene Viererpruch gegen die Erhöhung der Umlaufzettel, die insbesondere mit gestrigerten Zügen bei Steigerung des Hauses im Kleinhandel vor allem die Mitglieder der Konsumvereine treffen würde. Die Konsumvereine sind keine privatrechtlichen Unternehmungen, sondern gemeinschaftliche Einrichtungen zum Wohle der Unbedienten. Ihre Befreiung ist besonders und gar erhebt zu beurteilen, nicht den Mitgliedern der durch genossenschaftliche Betreuung erzielten wirtschaftlichen Vorteil zu einem wesentlichen Teil verdanken, heißt, die gemeinsame Tätigkeit durch drückende Steuern befreien. Sie im Interesse des Reichsvertrags eingebrachten Anträge auf Auflösung der Umlaufzettel würden das in die liegende Unrechts der Konsumvereine gegenüber geradezu auf die Spur treiben. Der Genossenschaftstag erfuhr daher den Deutschen Reichstag, jede Meinung, die die Konsumvereine in ihrem wirtschaftlichen Streben behindert, zu unterstützen, trotzdem aber noch bejahen, auf deren Beleidigung zu dringen.

Die Beteiligung der Beamten an der Konsumgenossenschaftsbewegung bezeichnete Herr Heinrich Lorenz als eine Frage, die durch den Krieg gleichfalls an Bedeutung gewonnen habe. Die Beamten haben durch die Verbesserung der Lebensmittel und den Wert des wirtschaftlichen Zusammenzuges erkannt. Der Begriff der Beamten unterscheide jetzt aber die Selbstbedienung überall. Sie alle wurden durch die Ausführungen des Herrn Lorenz und durch eine Entschließung des Genossenschaftstages darauf hingewiesen, dass die Konsumvereine ein wirtschaftliches Mittel sind, die eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern und ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten sinnvoll zu regeln und zu leiten. Aber die Ausführungen der Betreuerin würden am besten zusammen in einer einheitlichen neutralen Organisation gehabt, und das sei es zu bemühen, befannte Beteiligungen zu errichten. Durch geeignete Maßnahmen könne den Beamten und Selbstbedienenden die Mitarbeit in den Versorgungsanstalten ermöglicht und ihnen eine au-

gemessene Vertretung dort gewährt werden. Herr Lorenz riet noch auf die unglaubliche Dreistigkeit der Vertretung des Handels hin, zu verlangen, dass den Beamten die Beteiligung an Konsumvereinen verboten werde, während der Handel für sich selbst wieder volle Freiheit der Tätigkeit verlange. Leider wisse man auch noch nicht, ob die Regierung nicht nach dem Kriege wieder in ihre alte Feindschaft gegen „sozialdemokratische“ Konsumvereine verfallen. Bearbeitungen nach dieser Richtung treten immer mehr auf. Herr Lorenz definierte dann nochmals den Begriff der Neutralität in jeder Beziehung, wie er im Centralverband der Konsumvereine ausgeübt und geübt wird. Innerhalb der Bewegung habe jeder nur für die Interessen der Konsumvereine zu arbeiten — außerhalb habe jeder volle Freiheit seiner Ansichten und Tätigkeit.

Ein Vertreter der deutschen Beamtenvereine erklärte in der Aussprache, dass manche der gegebenen Anregungen sicher Beachtung finden werden. Generell über den früheren Schwierigkeiten war es früher den Beamten nur möglich, bis jetzt die Konsumvereine zu gründen, und sie waren noch oft gezwungen, solche Vereine zu bemantern. Heute arbeite man durchaus nicht mehr darauf hin, in allen Orten besondere Beamtenvereine zu errichten und die Beamten vom Anschluß an allgemeine Konsumvereine zu erhalten. Man werde es nicht an der Mitarbeit fehlen lassen, gemeinsamen Zielen zugutezubringen. Ein anderer Vertreter der Beamten — ein badischer — legte dar, washalb infolge der jetzt so bedrängten Lage von den bestehenden ein Reichsausschuss zur Vertretung der Interessen der Beamten errichtet wurde, der die wirtschaftliche Entwicklung fördern solle. Es werde Aufgabe der Führer der Beamten und der Arbeiterschaft sein, die gemeinschaftlichen Wege zu fördern. In absehbarer Zeit hoffe man, zur Einheit zu kommen.

Herr Liebmann, Frankfurt a. M., entwarf in seinen Ausführungen zum dritten Punkte der Tagesordnung die Fortsetzung näher, die seitens des Centralverbandes in bezug auf die Verordnung der Verhältnisse nach dem Kriege, besonders in bezug auf das allgemeine sowie auf das Genossenschafts- und das Steuerrecht gestellt werden müssen. Man fordert vor allem Vertretung der Konsumgenossenschaften in den Handelskammern und in allen staatlichen, durch die wirtschaftliche Neugestaltung notwendig werdenden Organisationen, die das Arbeitsgebiet der Konsumvereine berühren. Man fordert auch ganz besonders die Aufhebung aller Bestimmungen, durch die das gesetzliche Recht zum Beitritt zu Genossenschaften beschränkt wird. Weiter wird zur allgemeinen Förderung des Genossenschaftswesens unter andern die Errichtung von Lehrstühlen und Genossenschaftsseminaren an Universitäten und anderen Hochschulen verlangt. Ein die Forderungen zusammenstellender Antrag fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Centralverbandes und der G.-E.-G. zur Übergangswirtschaft stellte Herr Bästlein zusammen. Er schilderte nochmals die verschiedenen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung während des Krieges und die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung während dieser Zeit. Der Krieg habe aber auch eine Einschränkung des Importauftriebs im Handel gebracht, der später noch mehr bekämpft werden müsse. Die G.-E.-G. habe man leider bei der Regelung der staatlichen Versorgung des deutschen Volkes ganz ausgeschaltet, obgleich hier eine bis ins kleinste ausgearbeitete Organisation bereits zur Verfügung stand. Deshalb wurde in einer Einigung an das Reichsministerium beantragt, auch die G.-E.-G. in allen Fragen des Handels und der Produktion entsprechend zu berücksichtigen. Der Genossenschaftstag unterstützte diesen Antrag einstimmig, nachdem Herr Seiffert noch sehr eingehend die Pläne der Regierung für die Übergangswirtschaft erläutert hatte. Die Bindung des Handels soll auch nach dem Kriege nur allmählich geschehen.

Herr Fritz Leyde erstattete einen Bericht über die U. n. r. i. u. n. g s f a s s e des Centralverbandes. Auf das gegebene Zahlensmaterial werden wir später gelegentlich zurückkommen. Auf dem Genossenschaftstag wurde unter andern dargelegt, dass Verhandlungen mit dem Reichsvertragsamt darüber stattgefunden haben, auf welchem Wege die Kräfte so saniert werden können, dass sie den gesetzlichen Leistungen nach verhältnismäßig keinen Verlusten unterliegen. Eine Verhinderung mit dem Auftragsamt unterstellt werden. — Herr Friedemann nahm in der Debatte einen gegenteiligen Standpunkt ein und gab seiner Verwundung Ausdruck, dass heute die Kräfte unter Reichsaufsicht gesetzt werden sollen. Auch lagen keine zwingenden Gründe vor, die Beiträge zu erhöhen. Die Kräfte würde jedoch dazu gezwungen werden, sobald sie unter Staatsaufsicht stände, und man würde womöglich die Leistungen so lange aussetzen müssen, bis die versicherungsrechtliche Leistung gewährleistet ist. Der Redner empfahl, dass weitere Verhandlungen mit dem Reichsvertragsamt nicht mehr stattfinden sollen. Herr Leyde erklärte hierzu, dass gegenüber der gesetzlichen Lage die Beiträge Friedemanns nicht annehmbar seien. Beschlüsse selbst seien natürlich nur in der Generalversammlung der Versicherungsanstalten gefasst werden.

Geno. G. v. B. Bauer (Generalkommission) berichtete dann über die Tätigkeit des Tarifamtes und erläuterte zuerst kurz das Wesen des kollektiven Arbeitsvertrages. Er sprach den Eindruck aus, dass kleine Differenzen immer durch Verständigungen aus der Welt wegfallen; weiter wünschte er, in Verbindung mit einem konkreten Fall, dass die Konsumgenossenschaften immer in bezug auf Wiedereinführung von Kriegsbeihilfen das weiteste Einvernehmen zeigen möchten. Die Vereine sollten hierzu nicht erst den gesetzlichen Raum abwarten, der in dieser Hinsicht wahrscheinlich kommen werde. Geno. Bauer ging dann auf die Zahl der Tarifverhandlungen und auf die Entwicklung der Tarifverhandlungen ein. Für die ruhige Entwicklung der Genossenschaften sei es jedenfalls besser, wenn nach einem vorliegenden Antrage die Befugnisse des Tarifamtes dahin erweitert werden, dass die Höhe der Teuerungszulagen von ihm aus zentral und verbindlich festgesetzt werde. Es gäbe Wege, um die Härten zu mildern, die eine zentrale Regelung natürlich mit sich bringt; Annahmen seien ja schon immer in bezug auf den Tarif gewährt worden. Es sei eine Vergütung von Kraft, wenn in jedem Verein die Zulagen besonders geregelt würden. Bei den Gewerkschaften liege der rechte Wille vor, auch wenn es nicht in Ausnahmen zu gestatten und besondere Verhältnisse zu berücksichtigen. Und in den Gewerkschaften besteht die Ansicht, dass die Genossenschaften nicht geschädigt werden dürfen. Die bisher gewährten Teuerungszulagen standen aber tatsächlich noch mit an leichter Stelle. Von der sozialen Einsicht der großen Mehrzahl des Genossenschaftsverbandes erhoffe er eine Annahme des gestellten Antrages.

Vor der Diskussion wurde ein Antrag auf Abänderung der Zusammensetzung des Tarifamtes den zuständigen Instanzen überwiesen. Dann wandten sich die Vertreter der Genossenschaften in Leipzig, Sachsen-Anhalt und Stettin gegen jede Erweiterung der Befugnisse des Tarifamtes, während die Vertreter des Berliner und des Warmer Vereins sich grundsätzlich für möglichst bindende Machtbefugnisse einzeln und die Schwierigkeiten darstellen, die bei der jetzigen Behandlung der Teuerungszulagen steht einzutreten. Herr Lorenz sagte gleichfalls den Genossenschaftern, wie die Dinge wirklich sind, und dass sie selbst schädigen würden, wenn sie den Antrag ablehnen. Den gleichen Standpunkt vertrat ferner Herr Feuerstein; er wünschte aber eine Berücksichtigung der Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen. Die örtlichen Gewerkschaftsinstanzen dürften aber dann nicht selbständig neue Forderungen aufstellen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages gegen wenige Stimmen. Ferner wurden die Stellvertreter im Tarifamt von zwei auf vier erhöht, und deshalb zu den bisherigen Beisitzern noch die Herren Schwedt und Lescle hinzugewählt. Herr Lorenz ging beim nächsten Punkt auf den internationalen Genossenschaftshandel ein und teilte mit, ein maßgebender Vertreter der Genossenschaften in der Schweiz habe ihm geschrieben, französische Genossenschaften für den wirtschaftlichen Kontakt Deutschlands nach dem Kriege eingetreten. Er, Lorenz, hat dem Schweizer Freunde dann den Standpunkt der deutschen Genossenschaftsleitung in allen Wirtschaftsfragen ausführlicher gesetzt: nach hoffentlich baldigem Frieden erwarte man, mit den genossenschaftlichen Freunden in allen Ländern wieder zusammenarbeiten zu können.

Damit waren diejenigen Punkte, die das Interesse größerer Kreise finden, erledigt. Der Genossenschaftstag, an den sich andern Tages noch die Generalversammlungen der G.-E.-G. und der Verlagsgesellschaft anschlossen, nahm noch einige geschäftliche Handlungen und die Wahlen vor, und beschloß zuletzt, nächstes Jahr in Hamburg zu tagen. Er hat zweifellos diesmal in bezug auf Wirtschaftsfragen der Zukunft Beschlüsse von großer Bedeutung gefasst, denen zum Besten des ganzen Volkes nur baldige Verwirklichung zu wünschen ist. Er hat aber auch der Genossenschaftsbewegung neue Wege und Ziele der Entwicklung gezeigt. — Mögen hier alle tätigen Kräfte frudig Hand aus Werken!

### zur Stärkung der Interessengemeinschaft

wendet sich der vom Verbande südlicher Industrieller gegründete Deutsche Industrieverband in einem Rundschreiben an seine Mitglieder mit folgender Begründung: „Im vierten Kriegsjahr ist die Zahl der Arbeiterschwierigkeiten eine noch höhere als im vorangegangenen gegeben, so dass wir andauernd dafür in Anspruch genommen warden. Der Ausbruch von Streiks könnte wegen der dabei in Frage kommenden besonderen Umstände nicht in allen Fällen verhindert werden, so dass für das Jahr 1917 auch beträchtlichere Entschädigungen zu leisten sind. Die Vorgänge aus jüngster Zeit sind bekannt. Auch dabei sind wir in größerem Maße für Entschädigungen in Missidenchaft gezogen. Der Mangel an Arbeitskräften und vor allem die schwierigen Ernährungsverhältnisse werden weiterhin ungünstige Wirkungen ausüben.“

Deswegen lässt sich schon jetzt erkennen, dass nach Beendigung des Krieges besonders schwierige Arbeiterschwierigkeiten eintreten werden. Die Gewerkschaften sind nicht — wie hier und da vermutet wird — durch den Krieg geschwächt worden; ihre finanziellen Kräfte sind mindestens nicht geringer geworden (durch die von fast allen Gewerkschaften durchgeführten Beitragszehrungen werden sie weiter erheblich gesteigert), während es ihnen möglich war, ihren Einfluss auf den verschiedensten Gebieten in ungeahntem Maße zu verstärken. Die in Ausübung politischer Schwierigkeiten erlangten Zugeständnisse, wie sie in gesetzgeberischen Maßnahmen bereits zu verzeichnen und dennoch weiter zu erwarten sind, beeinflussen die Arbeitgeberinteressen in starkem Maße. — Die Gewerkschaften haben außergewöhnlich starken Mitgliederzuwachs — noch den Bewillungen der Führer besonders infolge der Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes — zu verzeichnen.

Demgegenüber ist der Ausbau der Arbeitgeberorganisationen eine gebieterische Notwendigkeit. Wir bitten unsere Mitglieder erneut, unsere hierauf gerichtete Tätigkeit mit allen Kräften unterstützen und auf den Anschluss von Berufsgenossen und Betriebsräten aus andern Branchen hinzuarbeiten zu wollen. Auch unsere Mitgliedszahlen sind weiter beträchtlich gestiegen, die der angehörenden Einzelsmitglieder auf circa 6900. Aber noch recht viele Industrielle sollten sich über den Wert des Anschlusses an eine leistungsfähige Organisation zur Vertretung ihrer Arbeitgeberinteressen klar werden!“

Aus diesen Aufforderungen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin selbst die richtigen Schlüsse zu ziehen vermögen. Der wirtschaftliche Schwäche und Abhängigkeit ist auf sich allein angewiesen, dem wirtschaftlich starken Unternehmer auf Bedien und Verderb ausgeliefert. Er kann nur zu einem mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben werden durch den Zusammenschluss mit seinen Klassengenossen.

durch die Organisation. Diese allein hält auch gegen die Unternehmervverbände ein starkes und wirksames Gegenmittel, um so stärker und wirksamer, je fester und kräftiger sie ist. Das bedeutet für die Arbeiterschaft: Sinein in die Gewerkschaften bis auf den letzten Mann und die letzte Frau!

### Nom Schlachtfeld der Arbeit.

Das Reichsversicherungsamt hat fürstlich die gesamten Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung für das Jahr 1918 herausgegeben. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1918 zum ersten Male Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich hierauf auf 103 181, während die Zahl der im Berichtsjahr gemeldeten Unfälle 606 056 betrug. Es werden also nur die wenigensten Unfälle seitens der Berufsgenossenschaften entrichtet. Dies kommt daher, weil innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall die Krankenkassen für die Unfallverletzten aufzukommen haben. Unter den entstehenden Unfällen befanden sich 9951 mit tödlichem Ausgang und 681 mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Geschäftsjahr die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 355, darunter 6388 Witwen (Witwer), 11 606 Kinder, Enkel und 411 Verwandte aufsteigender Artie.

Für unseren Beruf kommt nun in erster Linie die Nachfrage mittelindustrie-Berufe geprägt in Betracht. Sofern unsere Kollegen aber in den Konsumvereinsbürokratie beschäftigt sind, sei darauf hingewiesen, daß nach der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ das Bestreben der Konsumvereine dahin geht, nur mit einer Berufsgenossenschaft zu tun zu haben, und sie somit wünschen, der Detailhandels-Berufsgenossenschaft überwiesen zu werden. Mit einer diesbezüglichen Streitfrage hatte sich das Reichsversicherungsamt am 13. Dezember 1917 zu befassen. Der Sachverhalt war folgender: Der Konsumverein für Pieschen besitzt in Dresden-N. auf den Grundstücken Osterbergstraße 24/26 und Bürgerstraße 50 eine Bäckerei, ein Zentralwarenlager, einen Fuhrpark und zwei Verkaufsstellen. Außerdem unterhält er in Dresden noch 12 oder 14 Verkaufsstellen, in denen neben den Bäckereierzeugnissen überwiegend von andern Herstellern bezogene Waren abgesetzt werden. Während das Überversicherungsamt in Dresden sich dafür aussprach, daß alle Betriebe der genannten Genossenschaft der Detailhandels-Berufsgenossenschaft zuzuweisen wären, entschied das Reichsversicherungsamt im entgegengesetzten Sinne. Begegnend wurde dazu ausgeführt:

„Wenn nun auch der Detailhandel den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Gesamtunternehmens bildet, so steht er doch zu den Betrieben der Bäckerei, des Zentrallagers und des Fuhrparks in Dresden nicht in dem Verhältnis von Haupt- und Nebenbetrieb. Denn diese letzteren Betriebe sind sämtlich in einer geschlossenen Gebäudegruppe auf den Grundstücken an der Osterbergstraße 24/26 und der Bürgerstraße 50 untergebracht. Den Hauptbestandteil bildet dort die Bäckerei, in der in normalen Zeiten, einschließlich der auch hierhin gehörigen Mutterläden, über 60 Arbeiter tätig sind. Mit ihr stehen der Lagerungs- und Beförderungsbetrieb nebst den dort befindlichen beiden Verkaufsstellen in einem engen räumlichen wirtschaftlichen und auch in einem gewissen betriebstechnischen Zusammenhang, so daß diese sämtlichen Betriebe versicherungrechtlich als ein einheitliches Ganzen betrachtet werden müssen. Sie stehen dem Detailhandelsunternehmen als ein selbständiger Betrieb gegenüber, der von der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft, der er zum weit überwiegenden Teile seiner Natur noch zugehört, zu versichern ist, wie dies auch die Detailhandels-Berufsgenossenschaft in ihrem Lebenseinsdruck vom 17. November 1914 anerkannt hat. Die Belastung der Bäckerei bei der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft ist auch übrigens aus dem Grunde geboten, weil eine Betriebsveränderung nicht vorliegt. Umkatastrierungen von Betrieben sollen ohne Betriebsveränderungen in der Regel nur erfolgen, wenn die betriebliche berufsgenossenschaftliche Beteiligung eines Betriebes offensichtlich irrtümlich war oder wenn sonst schwerwiegende Unzutrefflichkeiten bestehen, die die Befassung als eine Unbilligkeit und Härte für den einen oder andern Beteiligten erscheinen ließen (zu vergleichen Handbuch der Unfallversicherung Band I Anmerkung 8 Absatz 6 zu § 50 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes Seite 453).“

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bezeichnet die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes als rein formalistisch. Wenn wir es auch begreiflich finden, daß die Konsumvereine der Einfachheit halber nur mit einer Berufsgenossenschaft zu tun haben wollen, so steht es doch fest, daß unsere Kollegen die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft vorziehen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand, und wenn wir uns die Rechnungsergebnisse der beiden Berufsgenossenschaften etwas ansehen, wird auch jeder andere den Standpunkt unserer Kollegen begreifen.

### 1. Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft.

Der Vorstand besteht aus 15 Personen; als Vertreter der Versicherer, die bei Feststellung und Abänderung der Unfallversicherungsvorschriften herangezogen werden und alljährlich zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten mit Stellung zu nehmen haben, fungieren 15 Arbeitervertreter. Technische Aufsichtsbeamte kommen 4 in Betracht. Der Berufsgenossenschaft unterstehen 35 866 Betriebe. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und versicherungspflichtigen Betriebsbeamten betrug 261 029. Die Summe der tatsächlich verdienten Löhne, Gehälter usw. belief sich auf M. 222 160 614. An 4592 Betriebe wurde Entschädigung gezahlt, und zwar betrug der Bestand aus den Vorjahren 3804, während neu hinzukommen 788 zu entstehende Unfälle. Für die laufende Überwachung der Betriebe wurden M. 39 879,30 veranschlagt.

2. Detailhandels-Berufsgenossenschaft.  
Der Vorstand besteht aus 24 Personen. Vertreter der Versicherer für die Unfallversicherung kommen deshalb nicht in Betracht, weil diese Berufsgenossenschaft noch keine technischen Aufsichtsbeamten angestellt hat. Der Berufs-

genossenschaft unterstehen 51 904 Betriebe. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und versicherungspflichtigen Betriebsbeamten betrug 327 373. Die Summe der tatsächlich verdienten Löhne, Gehälter usw. belief sich auf M. 305 305 380. An 2012 Betriebe wurde Entschädigung gezahlt, und zwar betrug der Bestand aus den Vorjahren 1691, während 321 neu zu entstehende Unfälle hinzukamen. Für Überwachung der Betriebe wurden nur M. 355,75 veranschlagt.

Wenn die Höhe der Entschädigung bei Unfällen bei den genannten Berufsgenossenschaften auch gleich hoch ist — maßgebend ist immer der vom Berleben im Jahre vorher verdiente Lohn —, so ist die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft der Detailhandels-Berufsgenossenschaft auf alle Fälle vorzuziehen. Unsere Kollegen haben ein großes Interesse daran, einer Berufsgenossenschaft unterstellt zu sein, die es mit der Betriebsüberwachung wirklich ernst nimmt. Und das ist, wie wir schon mehrfach in unserem Verbandsorgan erwähnt haben, die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft. Während diese Berufsgenossenschaft M. 39 879,30 für die Betriebsüberwachung ausgab, wendete die Detailhandels-Berufsgenossenschaft für den gleichen Zweck nur M. 355,75 auf. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, Jahrgang 1918, Seite 11, schließt ihre Kritik der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes mit folgendem Satz: „Wir stehen hier vor einer Verständnislosigkeit gegenüber den neuen sozialen Verhältnissen, die in abschreckender Zeit mit einem härteren Ausdrucke belegt werden dürfen, und die je länger, je mehr unerträglich wird.“ Wenn wir uns nun die §§ 848 bis 889 der Reichsversicherungsordnung ansehen, dann könnten wir diesen Satz auf die Detailhandels-Berufsgenossenschaft etwa wie folgt umschreiben: „Wir stehen hier bezüglich der Unfallversicherungsvorschriften vor einer Verständnislosigkeit gegenüber den geistlichen Vorschriften, die je länger sie unbeachtet bleiben, je mehr unerträglich wird.“ Legen sich die Konsumvereine für die Detailhandels-Berufsgenossenschaft ins Zeug, dann müssen sie diese Berufsgenossenschaft auch an ihre sozialen Pflichten in puncto Unfallversicherung erinnern. mg.

### Zur Arbeitslage.

Die Tätigkeit der deutschen Wirtschaft zeigt im verflossenen Monat keine merklichen Veränderungen. Nach wie vor ist die Leistungsfähigkeit der Industrie den an sie gestellten Anforderungen gewachsen; Bergbau und Hüttenwesen, Eisen- und Metallindustrie, Maschinenbau, elektrische und chemische Industrie sind flott beschäftigt und konnten zum Teil, unterstützt durch Erweiterungsbauten und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, ihre Umsätze erhöhen; auch haben die Industrien dem Bedarf des Krieges in weitestgehendem Maße Rechnung tragen können. Ungünstig war dagegen die Arbeitslage in den Industrien, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind. Das gilt vor allem für das Spinnstoffgewerbe, für die Bekleidungsindustrie und für einzelne Zweige der Nahrung- und Genussmittelindustrie.

Nach den Nachweisungen der Krankenkassen an des „Reichsarbeitsblatt“ war am 1. Mai gegenüber Anfang April eine Zunahme der in Beschäftigung stehenden Mitglieder um 192 133 eingetreten. Das sind 2,8 p.M. der Beschäftigten. An der Steigerung ist das männliche Geschlecht mit 116 172 (2,9 p.M.), das weibliche mit 75 641 (1,8 p.M.) beteiligt. Dem April gegenüber ist eine männliche Zunahme eingetreten, im Vergleich zum Mai des Vorjahrs (2,9 p.M.) ist die Steigerung nicht ganz so bedeutend. Eine Statistik der Betriebskassen zeigt, daß eine starke Zunahme bei den männlichen Beschäftigten eintrat in der Metall- und Maschinenindustrie, im Holz- und Schuhwarengewerbe und im Baugewerbe. Bei den weiblichen Beschäftigten trat die starke Zunahme ein in der Land- und Forstwirtschaft, in der chemischen Industrie, im Baumgewerbe und in der Holz- und Schnitzwarenindustrie. Eine größere Zunahme der männlichen und weiblichen Verdienstgruppen trat ein im Spinnstoffgewerbe in Elsass-Lothringen; der weiblichen Verdienst in der elektrischen Industrie.

Nach den Feststellungen von 34 Haushaltverbänden, die für 1 162 815 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Anfang Mai 9746 oder 0,8 vom Hundert gegen 0,9 vom Hundert im Vorjahr. Die Arbeitslosenziffer ist also weiter gesunken. Die Statistik der Arbeitsnachfrage zeigt eine Steigerung des Arbeitsstandortes für beide Geschlechter. Im April kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 62 Arbeitssuchende (Vorjahr 58), bei den weiblichen Personen 90 (Vorjahr 85). Die Periode der Arbeitsnachweisverbände läßt für Westpreußen und Mecklenburg-Schwerin gegen den Vorjahr keine wesentliche Änderung erkennen. In Pommern, Elsass-Lothringen und Bremen war große Nachfrage nach landwirtschaftlichen Kräften, die nicht gedeckt werden konnte. In Thüringen erfuhr der Arbeitsmarkt eine lebhafte Belastung. Bremen, Lippe und Baden melden eine rückläufige Bewegung für männliche Personen. In Württemberg hat die günstige Lage für beide Geschlechter angehalten. Für unsere Beweise ist im allgemeinen zu sagen, daß infolge der allgemeinen gesetzlichen Regelung die Lage keinen wesentlichen Änderungen unterworfen war. Durch die Zusammenlegung von Betrieben sind weitere Arbeitskräfte frei geworden, was von Einfluß auf den Andrang bei den Arbeitsnachweisen war.

Die Nachweise, die sich mit der Vermittlung von Bäckern und Konditoren beschäftigen und dem „Reichsarbeitsblatt“ für April berichteten, bilden für diesen Monat 244 Arbeitssuchende, 1514 offene und 1252 besetzte Stellen. Auf 100 offene Stellen entfielen demnach 148 Arbeitssuchende gegen 131 im Vorjahr und 109 im April 1917. Die Steigerung im Berichtsmonat ist ganz erheblich. Die Ursache liegt an der den bereits angeführten Gründen in den aus der Lehre entlassenen Bäckern. Diese strömen besonders in den Großstädten zusammen und beeinflussen damit den Arbeitsmarkt.

Ein größerer Teil dieser Bäcker könnte nicht im Gewerbe untergebracht werden, sondern mußte sich anderer Berufen zuwenden; eine Erscheinung, die allerdings auch in Friedensjahren beobachtet wurde und mit der im Verhältnis zu dem Gehaltsniveau zu großen Lehrzeitshöhung zusammenhängt.

Im Gegensatz zu dem Überangebot von Arbeitskräften an den Arbeitsnachweisen steht die Tatsache, daß die Zahl der Versicherten bei den Krankenkassen sich vermehrte. Bei 4. Dezember für Männer waren am 1. Mai 868 männliche und 1045 weibliche Mitglieder, das sind 0,9 und 4,7 p.M. mehr als im Vorjahr. Bei 158 Anmeldungen für Männer waren am 1. Mai 21 686 männliche und 12 587 weibliche Mitglieder. Gegen den Vorjahr trat eine Erhöhung der männlichen Mitglieder um 2 p.M. und der weiblichen Mitglieder um 0,1 p.M. ein.

Der Andrang der Arbeitssuchenden, die Zahl der offenen und besetzten Stellen und das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den einzelnen Landesgebieten geben aus folgenden Zahlen hervor:

Landesgebiete	Arbeitssuchende	Basis der		Anteile offene Stellen beschäftigte
		offene Stellen	beschäftigte Stellen	
Provinz Ostpreußen	46	35	29	1,81
Westpreußen	86	29	28	1,24
Berlin u. Prov. Brandenburg	761	558	550	1,36
Provinz Pommern	42	23	19	1,82
Posen	53	23	21	2,30
Schlesien	96	72	47	1,38
Sachsen	139	75	67	1,85
Schleswig-Holst.	38	21	16	1,81
Hannover	28	36	16	0,79
Westfalen	45	20	10	2,25
Hessen-Nassau	64	59	47	1,09
Rheinland	69	50	26	1,88
Königreich Bayern	180	111	73	1,62
Sachsen	265	108	105	2,45
Württemberg	81	78	43	1,04
Großherzogtum Baden	64	61	37	1,05
Hessen	27	27	14	1,00
Thüring. Staaten, Oldenburg und Braunschweig	63	25	20	2,52
Bremen und Lübeck	15	11	10	1,37
Hamburg	109	58	58	1,90
Elsas-Lothringen	23	34	16	0,69

Weit unter dem Gesamtdurchschnitt bewegen sich Elsass-Lothringen, die Großherzogtümer Baden und Hessen, Württemberg und Hessen-Nassau sowie Hannover. Relativ den größten Andrang Arbeitssuchender hatten die Gebiete Posen, Pommern, Provinz und Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, die Thüringischen Staaten und Hamburg. Die Strichen des erhöhten Andrangs sind bereits erwähnt; besonders stark bemerkbar war der Andrang frisch ausgelernter Arbeitskräfte im Königreich Sachsen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**Vorabbeiträge.** Der Zahlsteller Halle a. d. S. wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines möglichen Vorabbeitrages von 5,- in allen Beitragsklassen, mit Ausnahme der 20.-Klasse erteilt. (Nicht, wie in Nr. 24 irrtümlich besagt gemacht war, auch mit Ausnahme der 40.-Klasse. Diese hat den Vorabbeitrag zu entrichten!) Der Verbandsvorstand.

J. A. L. Lankes.

### Enttägung.

Vom 17. bis 22. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Mai: Hörst i. d. L. M. 12,92, Zwiesel 61,70, Wiesbaden 141,05, Duisburg 88,40, Cassel 115,49, Augsburg 34,50, Löbnitz i. Erzgeb. 48,42, Bielefeld 216,29, Remscheid 30,50, Crefeld 28,18, Dortmund 160,18, Hof a. d. S. 22, Harburg 48,04, Neumühl 20,64, Mannheim 166,02, Karlsruhe 8,20, Solingen 25,47, Kaiserstuhl 2, Schmölln 14, Hildesheim 6,45, Kiel 177,27, Straßburg i. C. 90,22, Köln am Rhein 121,05, Stettin 161,53, Breslau 360,05, Striegau 13,20, Braunschburg a. d. S. 55,68, Reck 158,92, Jena 50,50, Colmar 8,55, Königsberg 56,55, Darmstadt 28,60.

Für April und Mai: Freiburg M. 191,11, Waldenburg 87,12.

Für April bis Juni: Markredwitz M. 47,90.

Für Mai und Juni: Ichoc M. 40,88.

**Berichtigung:** Für April: Dresden M. 1736,16, Briesen 45,83, Meißen 12,53. Beträge gingen während des Verbandsstages ein, wurden gebucht und irtümlich nicht veröffentlicht.

In Nr. 24 ist statt Spremberg mit M. 14,79, Schramberg quittiert.

**Von Einzelzahlen der Hauptkasse:** H. M. Westerland M. 9,50, K. S. Ballenstedt 9, P. Sch. (im Felde) 1,50.

**Für Abonnements und Annoncen:** R. M. Hamburg M. 32,40.

Mit der Hauptkasse registriert für Mai: Danzig, Lübeck, Straubing und Neißen-Elmshorn.

**Der Hauptkassierer.** O. Freytag.

### Sterbetafel.

**Bielefeld.** Heinrich Meier, am 17. Juni.

### Kriegsverluste des Verbandes.

**Bezirk Dresden.** August Pinkus, Bäcker, 35 Jahre alt, gefallen.

**Bezirk Frankfurt a. M.** Peter Brus (Frankfurt a. M.), Bäcker, 31 Jahre alt, gefallen im Mai.

## Schätzungen und Sticks.

### Zeremonialzölle im Gewerbebetrieb.

Der Gewerbebetriebs- und Produktionsverein Freiburg i. Br. zahlt allen seinen Bäckern seit 17. Mai 1918 Zeremonialzölle mehr pro Woche.

### Fabrikbranche.

**Bereinigung.** Zwischen der Firma G. C. Deter in Wittenberg und dem Centralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Zentrale Hamburg-Milnora, wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Arbeitsszeit: Die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige tägliche.

2. Löhne: Alle Löhne gelten als Wochentöne. Sie betragen:

a) für Arbeiter M 42,60. Nach viermonatlicher Beschäftigungsduer M 46,80.

b) für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren M 34;

c) für Arbeiterrinnen M 24. Nach viermonatlicher Beschäftigungsduer M 26,80;

d) für Überstunden wird ein Zuschlag von 25 p.ßt. gewährt;

e) für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 50 p.ßt. gewährt;

f) Arbeiter und Arbeiterrinnen, die bei Abschluß dieser Vereinbarung bereits über den bisherigen Grundlohn entlohn wurden, erhalten gleichfalls einen entsprechenden Zuschlag.

3. Ferien: Sämtliche Arbeiter und Arbeiterrinnen erhalten nach einer Beschäftigungsduer von einem Jahre drei Tage und nach zweijähriger Beschäftigung jedes Jahr vier Tage unter Beizahlung des Lohnes. — Die Gewährung der Ferien erfolgt nur während der Ferien. — Sonntagsarbeit oder unentbehrliche Ausübung der Arbeit gilt in bezug auf Ferienentwöhnung nicht als eine Unterbrechung der Arbeit.

4. Die vorliegende Vereinbarung tritt am 24. Juni 1918 in Kraft und gilt als abgeschlossen bis zum 1. Juni 1919. Erneut wird am 1. Jan. 1919 von seiner Seite eine Ausdehnung, so lange sie mit denselben Voraussetzungen ein Jahr weiter.

Änderungen der Vereinbarung können von den Unternehmern nur im gegenseitigen Einverständnis und im Unternehmen mit der Arbeitnehmer besiegelt werden. Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind mit den Organisationen zu regeln.

Hamburg, den 19. Juni 1918.  
(Unterschriften.)

Freiburg i. Br. Die F. C. Schokoladenfabrik Badenia hat ihren gekündigten Arbeitern und Arbeiterrinnen neue Löhne & p.ßt. Zeremonialzölle zugestellt. Die Firma bezahlt nun je 30 p.ßt. Zeremonialzölle 30 p.ßt. nicht Lohn und jeder heute kein Anschein für die Wehraufgaben, die jeder Arbeiter und jede Arbeiterrin machen muss. Aber immerhin amerikanisch mit das soziale Verhältnis der Firma gegenüber ihrer Arbeitnehmer. Leider haben wir in Freiburg heute noch berufserwerbende Männer, die mit großer Freiheit zu den sozialen niedrigen Löhnen fahren & z. g. Zeremonialzölle fordern. Wir würden uns aber nicht über die Engertheit dieser Arbeitgeber. Wir danken uns vielleicht darüber, wie es diese Männer und Arbeiterrinnen fertigbringen, mit diesem wenigen Verdienst auszukommen.

### Korrespondenzen.

**Dresden.** Bäckerei der Kolonialwarenhandlung für Sonderwaren, 13. Juni, fand eine Betriebsversammlung der Kollegen, die in dieser Bäckerei sind, statt. Befehlshaber und Haupt-Befehlshaber sind in diesem Service M 100. Stunde, je nach der Produktion. Bisher war es der Organisation nicht möglich gewesen, in diesem Service Eingang zu finden, da der damalige Bedienstete Müller einer, der aus dem Service trat, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, sehr erlaubt. Der Service und die unzählige Bedienstungswelt des Bediensteten äußerten hieraus auch dazu mit beizutragen, daß die Bediensteten selbst aus ihrer Gewissensqualen zusammen und ihre Merkmalen verloren. Kollege Löffel willigte zunächst die einzige Arbeit- und Sozialordnung, wie sie in dieser Bäckerei noch vorzusehen sind. Seitdem wurde die hier noch bestehende großzügige Freiheit einer kleinen Gruppe auszusagen und konstatiert, daß in ganz Deutschland kein Großherzog vorhanden ist, der dieses zu verschaffen hat. Die Organisationsforderung wurde nun noch stärker verstärkt. Schritte in die Höhe zu treten, um eine Verbesserung dieser Zustände zu erreichen. Ein Schluß der Versammlung steht sofort sehr baldem dem Verband vor und vorbereitet, in der nächsten Tagen zu veranlassen. In diesen Kollegen, die noch nicht der Organisation angehören, darf gewarnt werden, daß die Kollegen durch zweite Gewerkschaften in Dresden darüber bestimmen werden, ob alle Kollegen im Dienste der Gewerkschaften, die aus zwei kleinen Gruppen kleine Kollegen vereinigt werden, jetzt vertrieben werden. Kollegen auf der Bäckerei der Kolonialwarenhandlung jetzt vertrieben!

**Kassel.** Am gestrigen 15. Juni abgeschlossenen Versammlung erzielte Kollege Richter, Frankfurt am Main, Bericht über die Generalversammlung in Leipzig. In erstaunlichen Zuständen erzielte Kassier den Zusammenschluß der wichtigsten Betriebe des Verbandsbezirks und nahm selbst von den Unternehmern geschickten. Wiederum bestätigt wurde der Rücktritt des Kollegens Ellmann als Gewerkschaftsleiter; gleichzeitig wurde beständig begleitet, daß jedoch doch noch in anderer Weise unerwartet Organisation erhalten bleibt. Besoldungen wurde, für die 60- und 50-Arbeitsstunden einen Gehalt von 5,4 und für die 40- und 30-Arbeitsstunden einen Gehalt von 10,4 und 8,80 p.ßt. zugesetzt. Sicherlich der wichtigste beständige Versammlung.

## Keine Beitragssreste!

Wittenberg. Am 9. Juni sprach in einer sehr gut besuchten öffentlichen Bäckergelehrtenversammlung der Verbandssekretär Kollege Schmidholz, Berlin, über das Thema: "Der Kriegsverbandstag der deutschen Organisationen Bäckergelehrten und seine Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit". Seine Ausführungen fanden lebhafte Beifall und wurde eine Anzahl neuer Kämpfer gewonnen. Hierauf sprach Kollege Hansen über die Notwendigkeit, gerechte Lohnverhältnisse zu schaffen. In der Diskussion wurden noch einige Fälle schlechter Bezahlung bekanntgegeben. Auf Antrag des Kollegen Brand wurde der Vorstand beauftragt, für die nächste, zum 30. Juni einzuberuhende Versammlung einen Tarifvertragsentwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Anschließend an diese öffentliche tagte unsere Mitgliederversammlung. Neben der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Neuwahl des Vertrauensmannes erledigt. Gewählt wurde Kollege Paul Mattern. Als Kandidat für die Neuwahlen wurde Bezirksleiter Kollege Karl Hansen aufgestellt. Mit den Beziehungen des Verbandstages erklärte die Versammlung sich einverstanden.

In Wittenberg fand am 11. Juni im "Goldenen Hahn" eine Mitgliederversammlung statt, in der der Bericht über den Verbandstag entgegengekommen wurde. In Hof war die Versammlung am 12. Juni im Geißhaus "Monopol" und in Bamberg am 13. Juni im Restaurant "Cleinenreuther-Brauerei". Kollege Gumpendorfer, der von diesen Städten delegiert war, gab einen eingehenden Bericht über die Beiträge, insbesondere über die Beitragsregulierung. Die Anwesenden waren davon überzeugt, daß eine Neuregelung vorgenommen werden mußte, um den kommenden schwierigen Zeiten Rechnung zu tragen. Gumpendorfer verwies eingehend darauf, wie dringend notwendig es ist, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen, um alte Kernaufgaben für die Organisation zu gewinnen. Eine Aussprache über die Beiträge im allgemeinen wurde nicht beliebt, da man deren Notwendigkeit anerkannte. Besonders freudig aber wurde von einzelnen Kollegen hervergeehrt die Gleichverteilung der Mitglieder im Unterhaltungsbezirk in Saalbauanstalten. Rerner wurde in allen Versammlungen zur Kandidatenfrage zum ersten Stellung genommen und entschieden, daß man sich den größeren Zahlstellen entschließe und dann die Aufstellung der Kandidaten überläßt. In Wittenberg wurde besonders die Kandidatur Gumpendorfers empfohlen. Zu der Frage zur Einleitung einer Zeremonialzölle wurde in nächster Zeit die nötigen Schritte unternommen werden. In Hof ist es durch die Mühseligkeit der damaligen Kollegen gelungen, für den Verband viele Mitglieder zu gewinnen. Möge daher den Kollegen, die in den Versammlungen eingesetzt waren und die sich von der Notwendigkeit einer Reformierung des Staates überzeugen ließen, auch bewußt sein, daß der Gedanke des engen Zusammenhalts und der Solidarität auf in die Herzen der noch fernstehenden gelegt wird, um der Zukunft nicht standzuhalten, sondern konzentriert entgegenzugehen. Was in Hof geleistet wird, muß auch in den übrigen Orten möglich sein.

### Fabrikbranche.

**Göttingen.** Am 18. Juni fand im Gewerkschaftsbau eine beschäftigungsabhängige Versammlung der Fabrikarbeiter statt. Kollege Högl hielt einen Vortrag über "Unsere zukünftigen Aufgaben", der beständig aufgenommen wurde. Eingehend hörte er die durch den Krieg entstandene Situation und befürchtete Verkürzung der Fabrik- und Industriearbeit. Zur zweiten Punkte gab der Referent einen kurzen Bericht über die auf dem Verbandszettel bezeichnete Beitragsregulierung, der Mindestbeitrag für unsere wichtigen Mitglieder wurde nun also in Zukunft M 8 pro Woche, eingetrieben 5,4 Löffelzuschlag, festgelegt; dafür wurde aber auch eine Erhöhung der Unterhaltungsgebühren in Kraft, die einen erheblichen Belastungsschub für die Mitglieder bedeutet. Es ist daher nicht nur notwendig, daß die Erneuerenden sich damit einverstanden erklären, sondern in den Briefen auch ihren Kolleginnen gegenüber diese Erhöhung der Beiträge zu kommunizieren, die ihr die weitere Partei bringt. Die Anwesenden übereinstimmten dem Vorschlag zu und beschworen, alles in diesen Stimme zu tun. Unter Verständnis kamen einige Betriebsangelegenheiten zur Sprache. Dann nahm man noch Stellung zu den Kandidaten. Es waren in einer in letzter Woche stattgefundenen Versammlung hierzu als Kandidaten für den Vorsitz der Kollege Weismann und als Stellvertreter Kollege Hartmann aufgestellt. Damit erhielt auch die Versammlung einverstanden und eingesetzte die Kandidaten.

Am 13. Juni hatte eine Versammlung in Göttingen stattgefunden, die sich mit denselben Fragen beschäftigte. Welches ist hier auch hier, daß die Produktion durch die Gründung des Klebstoffverkaufs erheblich gelitten hat und jetzt alle Kolleginnen nur bald arbeiten können, es wurde konzentriert darauf hingewiesen, daß sie nun aber unter allen Umständen ihrer alten Organisation die Treue bewahren und Mitglieder bleiben; denn es hieß, wenn die Arbeit wieder in unserer Industrie beginne, nicht nur das militante Erstlinge zu halten, sondern die Organisation auszubauen, damit vor uns in Zukunft nur noch gesetzte militärische Parteien erscheinen können.

### Sozialpolitik.

**Die Fabrikarbeiter in Österreich.** Die erste Sitzung des neuerrichteten Komitees im österreichischen Ministerium für soziale Fürsorge, dem auch die Gewerkschaften Brot, Kaff und Korn angehören, hat fristlos fortgesetzt. Es steht jetzt, der man näher trete, was die Einführung von Fabrikarbeiterinnen im Sturm der sozialen Einrich-

tung. Die vom Ministerium angestellte Kommission für Frauenpflege, Gräfin Leonberger, erstattete das Referat. Dem Arbeiterrinnenstandpunkt wird in der Wiener "Arbeiterinnenzeitung" die gleiche Kritik geübt, der dieser an sich bestehenden schweren Mängeln behaftet. Auch die österreichischen Arbeiterrinnen finden es bedenklich, daß die Fabrikarbeiterinnen Angehörte der Unternehmer sind, was sie in der unbefangenen Vertretung der Arbeiterrinneninteressen notwendig kommen möge. Und auch die Österreicherinnen sind der Ansicht, daß auch aus dem Arbeiterrinnenstande die geeigneten Persönlichkeiten herangezogen und für den Posten als Fabrikarbeiterin ausgebildet werden sollten.

### Eingangskarte Bäcker und Schiffer.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Telegraphen zum Preise von M. 3,90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Vom 9. illustrierte Kriegsgeschichte.** Der Krieg 1914/18 in Wort und Bild. Heft 179 bis 182. Preis je 40 Pf. Deutsches Verlagshaus Borg & Co. Berlin W 57, Potsdamer Straße 88.

**Schleichhandel und übermäßigen Gewinn** behandelt eine Schrift des Berliner Rechtsanwalts Dr. Wilhelm Thiele, die soeben im Verlage von Carl Flemming U. G., Berlin und Görlitz, erschienen ist. Das Werk erörtert an der Hand der Rechtsprechung des Reichsgerichts, der in Frage kommenden Bundesstaatsverordnungen und kriegswirtschaftlichen Bekanntmachungen alle Fragen, die bei der Klärung des Schleichhandels-Verordnung in subjektiver und objektiver Beziehung sich massenhaft aufrängen. Das Thiele'sche Werk ist somit ein wertvoller Führer durch das Labyrinth aller strittigen Punkte, die auf dem Gebiete des Schleichhandels, des übermäßigen Gewinnes, der Ralkulationsprüfung usw. zu beachten sind. Der Schrift ist das Höchtpreisgebot, die Preissteigerungsverordnung, die Kaufhandelsverordnung und die Entschuldigungsverordnung vom 18. Januar 1917 angegliedert worden. Ein ausführliches Sachregister sowie die Klusszählung der einzelnen unter Zwangsirtschaft gestellten Gegenstände ermöglichen eine schnelle Übersicht. Der Preis beträgt M. 3.

**Spätestens am 29. Juni ist der 27. Monatenbeitrag für 1918 (30. Juni bis 6. Juli) fällig.**

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

**Sonntag, 30. Juni:**

Klimenau: 2 Uhr, "Deutsches Haus". — Müstringen-Wilhelmshaven: Bei Baudenberg, Müstringen I, Peterstr. 86. — Saarbrücken: 3 Uhr, Bleichstr. 6.

**Montag, 1. Juli:**

Potsdam: 8 Uhr bei Haussmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 88. — Regensburg: 7 Uhr, "Schillerlinde", Großenstraße 31.

**Montag, 2. Juli:**

Dortmund: 3 Uhr bei Schlossmacher, Steinstraße. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Müller, Lohstraße. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im "Bienenhaus", Friedrich-Wilhelm-Platz. — Neustadt (Saar): 5 Uhr, Wellenweiler Straße 38. — Zahl: 3 Uhr in "Dombergs Anricht".

### • Anzeigen. •

**Entlassungen**

## National Kontrollkassen

alle Arten gegen Barzahlung gefündt. Öffnen unter J. M. 5011 an Exp. d. Bl.

[M. 4]

## Holzstreumehl

à Rentner M 17 mit Sac

## Hirschhornsalz

(amm. carb.) pulv.  
beige Trichter, geruchfrei, 1 kg M 2,50, Postnetz 41 kg  
M 11 ab Leipzig, empfehlen

Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-N. 5,  
Achigartenstraße 8. Telephon 2290.

### Münzberger Bäcker- und Konditorhilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.

## "Ruchmutsch"

beherrschtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Preisfuß M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen!

Liebing & Co., G. m. b. H.,  
Leipzig-N. 5, Achigartenstraße 8. Telephon 2290.